

Mitteilungs-Blatt

des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Zu beziehen durch die Bezirksführer die Nummer zu 5 Pf. oder durch die Post vierteljährlich 72 Pf. frei ins Haus.

Nr. 7.

Berlin, den 13. Mai 1917.

12. Jahrgang.

Wochenschau.

Vom 2. bis 9. Mai 1917.

Die Kriegsergebnisse haben auch in der vergangenen Woche an der Westfront gewaltige Kampfhandlungen gebracht, gegen die die Vorgänge auf den anderen Kriegsschauplätzen zurücktreten. Nur auf dem Balkan hat General Sarrail eine starke Kraftanstrengung gemacht. Die Engländer versuchten in der Dauer Schlacht von Arras zum vierten Male einen Durchbruch, und fast gleichzeitig, am 5. und 6. Mai, setzten die Franzosen an der Aisne riesenmassen zu einem energischen Vorstoß ein. Ueber eine Million Kämpfer sollen dabei von Engländern und Franzosen ins Feuer geführt worden sein, ohne daß trotz der furchtbaren Blutopfer an der Gesamtlage etwas geändert wurde.

Als Ergebnis des verschärften U-Boot-Krieges im Monat April meldete die deutsche Marineleitung die Versenkung von mehr als einer Million Tonnen Schiffsraum.

In den letzten Tagen haben auch China und die Regierrepublik Haiti den Kriegszustand gegen Deutschland erklärt. Die südamerikanischen Staaten Guatemala und Bolivia haben die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland abgebrochen.

Die Vereinigten Staaten von Nordamerika werden in nächster Zeit Landtruppen nach Europa senden, die an der Westfront gegen Deutschland zur Verwendung kommen sollen.

Brasilien hat nach dem Beispiel Nordamerikas die in seinen Häfen liegenden deutschen Schiffe mit Beschlag belegt und hat sich auch sonst bereit erklärt, die Kriegsmassnahmen der Vereinigten Staaten auf jede Weise zu unterstützen.

Unter den Vorgängen im Auslande beanspruchen die letzten Ereignisse in Rußland wieder das Hauptinteresse. In der vergangenen Woche ist es hier zu ernstlichen Auseinandersetzungen zwischen der bürgerlich-demokratischen provisorischen Regierung und der proletarischen Nebenregierung, wie sie sich im Arbeiter- und Soldatenrat verkörpert, gekommen. Anlaß dazu gaben die imperialistischen Lebensäußerungen der provisorischen Regierung, mit denen der auf einen schnellen und allgemeinen Frieden hindringende Arbeiter- und Soldatenrat nicht einverstanden war. Dabei ist es auch zu einigen Straßenunruhen gekommen. Als Ergebnis der Auseinandersetzungen ist ein Sieg des Arbeiter- und Soldatenrates zu verzeichnen, der eine offizielle Kundgebung veröffentlichte, in der die Kriegsziele der provisorischen Regierung dahin erläutert wurden, daß Rußland einen Frieden ohne Annexionen und ohne Vergewaltigung fremder Völker schließen wolle. Den Ententeregierungen wird trotz allen Sträubens und aller großen Worte schließlich auch nichts weiter übrig bleiben, als ihre Kriegsziele zu revidieren, wenn sie die russische Demokratie vom Abschluß eines Sonderfriedens mit den Mittelmächten abhalten wollen.

Aus den dürftigen Nachrichten, die aus Italien zu uns gelangen, geht hervor, daß es dort an vielen Orten zu Ruinunruhen gekommen ist, in denen sich das leidenschaftliche Friedensverlangen der arbeitenden Volksschichten Luft machte. Dabei haben sich die Massen auch gegen sozialistische Führer, wie z. B. in Mailand gegen Turati, gewandt, die die Friedensfrage von allerlei diplomatischen Erwägungen abhängig machen wollten.

In Oesterreich hat am 6. Mai ein Frauentag stattgefunden, der sich zu einer großartigen Kundgebung für das Frauenwahlrecht gestaltete.

Die innere Politik Deutschlands wurde in der vergangenen Woche beherrscht durch die Vorgänge im Reichstage. Nach einwöchentlicher Vertagung trat das Plenum am 2. Mai zur Statberatung zusammen. Die Befugung des Etats des Reichschatamts, der Reichseisenbahnen und des Postetats ergab nichts von außerordentlicher Bedeutung. Höher gingen die Bogen bei Beratung des Heeresetats, die drei Tage

in Anspruch nahm. Ein reiches Material von Klagen und Beschwerden wurde hier vorgebracht, die dargetun, daß trotz aller Loblieder auf die herrliche Organisation das ganze System sehr anfechtbar ist. Die militärischen Regierungsvertreter antworteten in der üblichen Weise: erklärten vieles nur als Einzelfälle, machten bei anderen Fragen Versprechungen, verhielten sich aber in der Hauptsache recht ablehnend oder schlugen einen energischen Kommandoton an. Selbst die Redner der Regierungsozialisten, die Herren Schöpflin und Davidsohn mußten ernste Zurückweisungen über sich ergehen lassen. General Gröner versäufte Herrn Schöpflin die bittere Pille allerdings mit der Versicherung, daß seine Anschauungen über den Streik der Rüstungsarbeiter in vielen Punkten mit den Anschauungen Schöpflins übereinstimmen.

Besonderes Aufsehen erregte die Rede des Genossen Cohn von der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft. Dieser vertrat in seiner Rede, in der er eine entschiedene sozialdemokratische Kritik an Heeresorganisation und Kriegsführung übte, auch eine Forderung der Arbeitsgemeinschaft, nach der der Reichstag einen Ausschuß zur Ueberwachung der Kriegsführung schaffen soll. Diese Forderung ist übrigens nicht, wie in der gegnerischen Presse mit wüstem Geschimpfe oder wohlfeilen Kalauern behauptet wird, ein persönlicher Einsall des Genossen Cohn, sie ist von der Arbeitsgemeinschaft eingebracht worden auf Grund eines einstimmigen Beschlusses der Gothaer Osterkonferenz. Daß die bürgerliche Presse des deutschen Militärstaates wegen einer solchen Forderung aus dem Häuschen gerät, ist nicht weiter verwunderlich. Daß aber auch die Regierungsozialisten davon nichts wissen wollen, zeigt diese Vorkämpfer des parlamentarischen Regimes in ihrer ganzen Verschwommenheit und Zersahrenheit. Schon Herr Davidsohn hielt sich für berufen, dem Genossen Cohn im Reichstage entgegenzutreten. Noch schulmeisterlicher aber macht es Herr Heinrich Schulz im „Hamburger Echo“, der dort u. a. schreibt:

„In dieser Beziehung aber läßt der Wortlaut des Antrages der „Unabhängigen“ der Mutmaßung freien Spielraum, daß damit nebenbei der obersten Heeresleitung in ihren rein kriegerischen Maßnahmen ein Mißtrauen ausgesprochen werden sollte. Dazu liegt aber bei der gegenwärtig tätigen obersten Heeresleitung, die bisher in genialer Voraussicht und Umsicht und mit tatkräftiger Entschlossenheit die kriegerischen Kräfte Deutschlands zum Schutze des Landes zu verwenden verstanden hat, so wenig Anlaß vor, daß schon der bloße Anschein eines solchen Mißtrauens vermieden werden muß. Das sind wir in der gegenwärtigen ernsten Zeit unserem Lande ohne weiteres schuldig.“

Solche Anschauungen entsprechen wohl der Bizefeldwebel-Perspektive, wird aber ein Hohn auf jede selbständige sozialdemokratische Stellungnahme zur Kriegsführung und Heeresorganisation. Man wird sich diese Worte gründlich merken müssen für die Zeit, in der wir die Kriegsergebnisse ungehindert unter die kritische Lupe nehmen können, um eine entschieden sozialdemokratische Militärpolitik zu schaffen, die neuen Konflikten entgegenwirkt.

Die Rede des Genossen Cohn hat u. a. auch den Stellvertreter des Reichskanzlers, Herrn Helfferich, auf den Plan gerufen, der in seiner langen Erwiderung alle Register nationaler Entrüstung zog. Neues und originelles hat er nicht von sich gegeben. Was er sagte, hat man schon bis zum Ueberdruß in der bürgerlichen und regierungsozialistischen Presse lesen können. Auch Genosse Ledebour kam beim Heeresetat noch zum Wort und setzte sich u. a. in recht kräftiger Weise mit dem Herrn General Gröner auseinander.

Der vielgenannte und mit Vorwürfen überhäufte Ausschuß des Reichstages ist in der verflochtenen Woche endlich zusammengetreten und hat sich an seine Arbeit gemacht. In den ersten Tagen ist aus seinen Beratungen nichts Welterschütterndes hervorgegangen. Die Mittelparteien, d. h. Zentrum und Liberale, beherrschen die Situation.

Die vier konservativen Vertreter wehrten sich verzweifelt gegen jede Aenderung der bestehenden Verfassungszustände und fanden dabei liebevolle Unterstützung bei den Regierungsvertretern. Soviel ist aus den bisherigen Verhandlungen schon zu ersehen, daß es mit dem guten Willen der Regierung zu einer ernsten und durchgreifenden Neuordnung der Dinge nicht weit her ist. Die Beschlüsse des Verfassungsausschusses erstrecken sich vorläufig auf Nebensächlichkeiten, die dem Parlament einige kleine Machtvollkommenheiten verschaffen. So soll der Reichstag das Recht erhalten, den Reichskanzler zur Verantwortung zu ziehen, die Selbständigkeit des Reichstages dem Bundesrate gegenüber soll gestärkt und die Immunität der Abgeordneten noch mehr gefestigt werden. Auch soll der Reichstag Einfluß auf die Offiziersernennungen erhalten und damit dem Absolutismus des Militärkabinetts entgegenwirken. Wie man sieht, alles Reformpläne, die auf die Bedürfnisse der bürgerlichen Parlamentarier zugeschnitten sind. Von Neugeschaltung unseres politischen Lebens auf breiter demokratischer Grundlage war bisher nicht die Rede. Ein Anfang kann damit gemacht werden, wenn die Wahlrechtsfragen im Ausschuß erörtert werden, womit am 8. Mai begonnen wurde. Von der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft liegt dazu folgender Antrag vor:

„Ein Gesetzentwurf soll vorgelegt werden, wonach:

- die Reichstagswahlen künftig nicht innerhalb abgegrenzter Wahlkreise für je einen Abgeordneten, sondern nach dem Verhältniswahlsystem stattfinden,
- das Recht zu wählen oder gewählt zu werden, mit dem vollendeten 20. Lebensjahre eintreten,
- den Frauen unter den gleichen Bedingungen das aktive und passive Wahlrecht wie den Männern gewährt werden,
- der Wahltag entweder ein Sonntag oder ein Feiertag sein soll.

Ein ähnlicher Antrag ist auch von den Regierungsozialisten eingebracht, während ein fortschrittlicher Antrag nur eine Vermehrung der Abgeordneten in besonders stark bevölkerten Wahlkreisen und nur für diese die Verhältniswahl verlangt. Auf das Wahlrecht für Frauen verzichteten die Liberalen vollständig.

Vor einiger Zeit hat die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft ein größeres politisches Aktionsprogramm bekanntgegeben, dessen Verwirklichung das politische Leben Deutschlands in wirklich demokratische Bahnen lenken würde. Einige wichtige Punkte dieses Programms sind schon vom Verfassungsausschuss zu Fall gebracht worden. So die Forderung, daß der Reichskanzler zu entlassen sei, wenn die Mehrheit des Reichstages es fordert, ferner das wichtige Verlangen, daß zum Abschluß von Bündnissen, sowie zu Kriegserklärungen und Friedensverträgen die Zustimmung des Reichstages erforderlich sein sollte. Mit dieser Ablehnung ist der Wille des Verfassungsausschusses zu einer wirklichen Neuorientierung genügend gekennzeichnet. Aber was kann auch anders bei solchen Beratungen im engen Kreise herauskommen, wenn die Volksmassen draußen unter dem Belagerungszustande weder in Versammlungen noch in der Presse mit aller Gründlichkeit über Fragen, die sein Lebensinteresse betreffen, aufgeklärt werden kann und seinen Willen nicht zum Ausdruck bringen darf. Nebenbei sei bemerkt, daß das, was der Verfassungsausschuss an positiven Beschlüssen zustandebringt, natürlich erst im Plenum einer neuen Sichtung unterworfen und daß dann der Bundesrat seine Genehmigung erst geben muß. Was auf diesem Leidenswege dann schließlich als greifbare Neuorientierung und als Verwirklichung der Osterbotschaft übrig bleibt, muß abgewartet werden.

Die Friedens- und Kriegszielerrörungen sind durch die Stockholmer Konferenz wieder in lebhaften Fluß gekommen. Die deutschen bürgerlichen Pazifisten haben dem Reichskanzler in aller, durch die Zensur gebotenen Stille eine Friedenseingabe überreicht. Desto lauter aber haben sich in der vergangenen Woche die Annexionisten gebärdet. Neben

zahlreichen Presseäußerungen der auf Eroberungen und Kriegsentwöhnung eingeschworenen Presse haben die Alldeutschen einen neuen Kriegsruf in die Welt geschickt. Das gleiche hat eine stattliche Anzahl von agrarischen, industriellen, mittelständischen und nationaler Arbeiter- und Angestellten-Verbänden getan. Diese Leute, die man nicht mit einer Handbewegung abtun kann, wie es das regierungsjournalistische Organ gern tun möchte, verlangen mit Nachdruck einen Frieden mit Entschädigung, Machtanwachs und Land-erwerb, was auf eine Verlängerung des Krieges ins Unabsehbare hinauslaufen würde. Die Regierung aber schweigt sich nach wie vor aus über ihre wirklichen Kriegsziele. Und wenn der „Vorwärts“ jeden Tag versichert, die Regierung wolle keine Annexionen, so erklären die bürgerlichen Blätter mit weit größerem Rechte, der Reichskanzler sei für Annexionen und Kriegsentwöhnung. Dieser verhängnisvollen Unklarheit sollen zwei Interpellationen abhelfen, die in diesen Tagen im Reichstage eingebracht sind und am 13. oder 14. Mai vom Reichskanzler beantwortet werden sollen. Die eine dieser Interpellationen ist von den Konservativen eingebracht und verlangt, daß der Friede nicht nach internationalen Grundsätzen, sondern nach Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes abgeschlossen werde. Die zweite, von den Regierungsjournalisten eingebrachte Interpellation fordert vom Reichskanzler, daß er sich für einen Frieden ohne Kriegsentwöhnung und ohne Annexionen erkläre.

Ob der Reichskanzler, dem die „Magdeburgerische“ das Verdienst nachrühmt, daß er die Arbeiterschaft bei der Stange gehalten habe, dem großen Rästelkraten ein Ende machen wird, bleibt abzuwarten. Allzu große Rücksichten braucht er nach den guten Erfahrungen, die er mit den Regierungsjournalisten machen durfte, auf diese nicht zu nehmen. Und das um so weniger, als er recht gut wissen wird, daß im regierungsjournalistischen Lager selbst die entschiedene Forderung nach unzweideutiger Kundgabe der Regierungskriegsziele nicht überall mit der Energie erhoben wird, wie es der Parteivorstand und sein „Vorwärts“ glauben machen möchten. So hat erst dieser Tage das „Hamburger Echo“ sehr nachdrücklich davor gewarnt, vom Reichskanzler eine Bekanntheit seiner Friedensabsichten zu verlangen. Die J. K., die dem „Vorwärts“ doch so nahe steht, daß er drei Viertel seiner Parteinachrichten aus ihr abdruckt, ist von dieser „verdienstvollen“ Warnung ganz begeistert, obwohl sie einige Zeit zuvor gerade das Gegenteil davon verlangt hat. Zum Ueberflus hat man auch in Karlsruhe, der Domäne Kolb, im Gegensatz zu dem Friedensaufruf des Parteiausschusses erklärt, daß die Forderung eines Friedens ohne Annexionen als „versehlt“ zu bezeichnen sei; außerdem wurde es für unrichtig gehalten, von der Reichsregierung eine offene Stellungnahme zur Frage der Kriegsentwöhnung und Annexionen zu verlangen.

Durch solche Erscheinungen bekommt die von den Regierungsjournalisten jetzt mit so großem Reflampegeschrei unternommene Friedensaktion erst das richtige Gesicht. Daß es sich bei solchen Seitenprüngen

a la Hamburg, Karlsruhe, denen noch die Herren aus der „Block“, den „Sozialistischen Monatsheften“, der „Chemnitzer Volksstimme“ usw. zugefellt werden können, um die offensibare Durchkreuzung einer Parteiaktion, nämlich eines Beschlusses des Parteiausschusses und Vorstandes handelt, sei nur nebenher erwähnt; man hat aber nichts davon gehört, daß der Parteivorstand das schwere Geschütz der Parteidiktatur gegen diese Sünder aufgeföhren hat, wie er es gegen die Opposition tat, deren Sünden in der Hauptsache darin bestanden, daß sie seit Jahr und Tag eine Friedenspolitik vertrat, die jetzt der Parteivorstand angeföhrt. Aber der Parteivorstand ist trotz allen großen Getues nichts weiter als der Gefangene der Sozialreformer und sozialimperialistischen Drahtzieher.

* * *

Das Oberkommando in den Marken hat seinem vor acht Tagen mitgeteilten 3000 M.-Erlaß einen zweiten folgen lassen, der folgenden Wortlaut hat:

„3000 Mark Belohnung! Von unbekannter Seite wird ein Flugblatt mit der Ueberschrift: „Die Lehren des großen Massenstreiks“, das zur Arbeitsniederlegung am 1. Mai 1917 aufgeföhrt, ohne Angabe des Druckers und des Verlegers verbreitet. Selbstverständliche Pflicht jedes Deutschen ist es, zur Entlarvung der Landesverräter, die hinter diesem Erzeugnisse stehen, beizutragen. Wer den Verfasser oder Hersteller des Flugblattes zur Strafverfolgung bringt, erhält obige Belohnung. Einen angemessenen Teil der Belohnung erhält ferner jeder, der den oder die Verbreiter des Flugblattes zur Strafverfolgung bringt.“

Trotz der hämischen und provokatorischen Glossen des „Vorwärts“, dessen derzeitige Redaktion ja dem Oberkommando ihr Dasein verdankt, drucken wir auch diesen Erlaß „ohne Sang und Klang“ ab. Wir wissen, daß unsere Leser sich über diese 3000 M.-Erlasse ihr eigenes Urteil bilden.

Einigkeit.

Seit geraumer Zeit werden wir gewaltiam an die schöne Zeit der Blockpolitik erinnert. Es ist fast als ob die selbige Blockpolitik neu erkunden wäre, nur daß diesmal nicht der Liberalismus, sondern die höchst nationale Sozialdemokratie Trägerin der Politik ist. Nicht nur, daß ihre ganze Tätigkeit darauf hinausgeht, „keinen Grund und keinen Vorwand zur Ausschaltung zu geben“, wie seinerzeit Herr von Payer die Stellung der Liberalen zur Regierung erklärte, nein, auch die parlamentarische Tätigkeit und selbst die Redeweise klingt deutlich an diejenige des geeinigten Liberalismus an, dessen Verhältnis zur konservativen Partei nicht gerade geschmackvoll aber treffend als eine Ehe zwischen „Karpfen und Kaninchen“ gekennzeichnet wurde.

Wir wollen es uns eriparen, heute das reiche Beweismaterial auszubreiten, auf das wir unsere Vergleiche stützen können. Aber an einer Notiz im Patrioten-Vorwärts über die Vorgänge in den Gewerkschaften wollen wir zeigen, wie ähnlich sich die An-

schauungen des Liberalismus von ehemals und der Sozialdemokratie von heute sind. Nachdem der „Vorwärts“ die seiner Ansicht nach törichte „Revolution“ bestimmter Gewerkschaftskreise gegen die Leitung der Förster, Tiering und Cohen getadelt hat, fährt er fort:

„... auf welche Weise ist denn der Erfolg der russischen Revolution erreicht worden? Doch nur dadurch, daß im entscheidenden Augenblick die gesamte Arbeiterschaft einig war, und auch dies hätte wahrcheinlich nicht genügt, hätten nicht auch die Vertreter des Bürgertums bis zu den Mijukow und Rodsjanko sowie ein großer Teil der Offiziere mit der Revolution gemeinsame Sache gemacht. Nur durch Einigkeit kann Großes erreicht werden.“

Der Vergleich ist köstlich. Wir wollen ihm einen anderen gegenüberstellen: Was wäre erreicht worden, wenn der russischen Autokratie eine einigige Sozialdemokratie vom Schlage der deutschen Mehrheit gegenübergestanden hätte? Die Antwort kann je nach Temperament des Antwortenden verschieden ausfallen, aber kein aufrichtiger Mensch wird behaupten wollen, daß auch nur annähernd das erreicht worden wäre, was das russische Proletariat kraft seines revolutionären Willens erzwungen hat.

Und die Moral?

Nicht auf die Einigkeit als solche kommt es an, sondern auf die Einigkeit aller derer, die ein bestimmtes Ziel mit den gleichen Mitteln und mit Einsetzung ihres ganzen Willens und ihrer vollen Kraft erreichen wollen. Eine Einigung ganz verschiedener Grundanschauungen wird niemals einen kräftigen Tatwillen auslösen können, sondern sie wird lähmend oder ausgleichend wirken bis von „Tat“ überhaupt keine Rede mehr ist.

Wie der bürgerliche Demokrat Theodor Barth einst sagte: „Einigkeit ist eine gute Sache, aber ich muß wissen, mit wem ich mich einig und zu welchem Zweck.“

In der Todesnacht.

Von Sinaida Konopjanikowa, russische Revolutionärin, erschöß 1906 den General Min und wurde hingerichtet.

Es schäumt im Fluß und es flüßert im Lied,
Die Nacht war so düster — der irdische Tod!
Durch Laub und Halme ein Sehnen zieht:
Schön ist es zu sterben im Morgenrot!

Es purpurt im Osten . . . es jubelt und klingt!
Einem Ruf dem traurigen Monde bot
Der Wind, der über die Steppe singt:
Schön ist es zu sterben im Morgenrot!

Smaragden, Demanten der Tau versprüßt,
Mit dem Dunkel entleucht die nagende Not!
Auf ragenden Höhen ein Sonnenstrahl glüht:
Schön ist es zu sterben im Morgenrot!

Wach auf! Sei frei! — Ein Ruf ertönt . . .
Der Acker ist dein . . . Süß duftet das Brot! . . .
Und strahlend im Lichte die Erde sich dehnt:
Schön ist es zu sterben im Morgenrot!

*) Aus der bürgerlichen Frauenzeitschrift: „Das Frauenstimmrecht“.

Wilhelm Holzmeier.

(Gestorben am 1. April 1917.)

Acht Tage vor seinem Tode sah ich ihn, zum ersten Male nach drei Jahren, wieder. Der magere Fünzigjährige war mager geworden, erschreckend mager. Vieles zehrte an ihm, auch der Hunger und die Sorge um die Existenz, aber vor allem der Krieg und der Zusammenbruch der Partei. Wir sprachen davon, wie er, jetzt vor acht Jahren, eines Tages zu mir kam mit der eben erhaltenen Anklageschrift gegen den Lehrer Wilhelm Holzmeier. Der hohe Bierziger hatte damals das Temperament eines Zwanzigers. Und mit dem Temperament eines Zwanzigers abgerie er seinen Augenblick, die letzten Konsequenzen aus seiner Ueberzeugung zu ziehen, die er für sozialdemokratisch hielt. Die Bremer Schulbehörde warf ihm aus seinem Amt. Einen Bruchteil seines kleinen Gehalts belieh man ihm für ein oder zwei Jahre. Als Lokalredakteur der „Bremer Bürger-Zeitung“ fand er Unterchlupf und eine notdürftige Existenz. Von dem Redakteur-gehalt konnte der überaus anspruchslose Junggeselle gerade leben. Als Ueberseher verdiente er sich ein paar hundert Mark, um hin und wieder seine Reise-lust befriedigen zu können. Fast ganz Europa und noch manches andere hat er in seinen Ferien besucht. Seine Sprachkenntnisse kamen ihm dabei zu nützen. Die Sprachen waren Holzmeiers eigentliches Gebiet. In jüngeren Jahren hatte er, durch günstige Umstände veranlaßt, seine Lehrtätigkeit eine Zeitlang ausgesetzt und sich in zäher Arbeit zu einem Meister der roten und lebenden Sprachen entwickelt, wie ich auf seiner Univerfität einen größeren gefunden habe. Sein Talent und seine Fähigkeiten auf diesem Gebiet, und ebenso auf dem der Botanik, die er gleichfalls absolut beherrschte, mußten brachliegen. Fast die einzige praktische Gelegenheit, sie zu verwerten, fand er bei der Bearbeitung einer Art Jahrbuch, das der Internationale Tabakarbeiterverband herausgab. Holzmeier überferte für diese Veröffentlichung die Berichte aller angeschlossenen Sektionen aus deren Sprachen ins Deutsche und zugleich ins Französische

und Englische, eine gewaltige Arbeitsleistung, für die er sich einige hundert Mark als Honorar zahlen ließ.

Als Lokalredakteur war dieser Gelehrte schon an sich nicht geeignet. Hinzu kamen die unausschließlichen Enttäuschungen, denen jeder ausgesetzt war, der als Idealist aus dem bürgerlichen Lager zur Partei kam. Kleinliche, gehässige, bornierte Zänkereien zermürbten ihn, und ein gewisser Aristokratismus des Geistes warf seinen besseren demokratischen Instinkten alle Augenblicke Knüppel zwischen die Beine. So alterte er rasch, und allen Versuchen, ihn zu einer seinen wahren Fähigkeiten entsprechenden Betätigung zu überreden, setzte er einen zunehmenden Skeptizismus entgegen. Es war, als ob er mit dem fähigen Sprung aus dem Lehramt heraus alle Spannkraft, alle Tatkraft und allen Optimismus eingebüßt hätte.

So fand ihn der Ausbruch des Krieges. Ich hatte, im Feld stehend, keine Verbindung mehr mit ihm, wußte aber, daß er sich wacker hielt. Alle persönliche Gegenstände stellte er zurück, um der Sache willen, der er treu bleiben wollte und im Innersten treu blieb. Als nach zweijähriger Kriegsdauer die Gegenseite in der Partei auf dem Punkte waren, daß es sich zu entscheiden galt, begann ein schwerer Kampf in ihm. Dieser Kampf endete damit, daß Holzmeier seine Stellung kündigte, obwohl er sich damit dem Nichts gegenüberstellte. Es ist nicht richtig, daß er ein überzeugter Anhänger der Arbeitsgemeinschaft gewesen wäre. Sie schien ihm in manchem nicht auf dem richtigen Wege; in manchem aber ging sie ihm auch nicht weit genug. Nur das eine war ihm nach dem Vorgehen des Parteivorstandes und seiner Anhänger in Bremen klar: bei dieser Richtung konnte er nicht bleiben. Er ging freiwillig, obwohl er wußte, daß er dann ein verlorener Mann war.

Bis zuletzt rang er mit der eigenen Unklarheit, und es ist bezeichnend, was er jüngst als erstes auf meinen telephonischen Anruf sagte: „Wo stehen Sie eigentlich?“

Wir trafen uns dann, und ich war zunächst erschrocken über sein Aussehen, wie über die Erschütterung und Bewegung, die in seinen Worten zitterte.

Wir debattierten stundenlang, und mir wurde schmerzhaft klar, daß diesem gebrochenen, aber aufrechten Manne nicht zu helfen war. Eine Art Gerechtigkeitsfanatismus, die ihm immer auszeichnete, hatte sich jetzt zu einer Dialektik der Einerseits-andererseits ausgewachsen, und auf alle Vorschläge und jeden Vorhalt hatte er schließlich nur immer die Entgegnung: ich bin zu alt, ich kann nicht wieder von vorne anfangen.

Einen Menschen, der ihm wirklich nahe stand, scheint er nie gehabt zu haben und hat er seit langem sicher nicht mehr gehabt. Die Sache, die ihm teuer gewesen war, sah er zerschmettert. An neuen Aufbau glaubte er nicht mehr. Mit dem Ablauf des März hatte er sein letztes Gehalt verzehrt. Zu verschlossen und zu stolz, um sich an einen andern zu wenden oder gar eine bürgerliche Versorgung zu suchen, endete er freiwillig sein Leben — eine Tat, vor der er selbst immer Respekt und Ehrfurcht bezogt hatte.

Was Wilhelm Holzmeier der Arbeiterbewegung geben konnte, war nicht viel. Aber daß er ihr alles gab, was er war und was er hatte, daß in das Entscheidende. Er warf alles fort, was ihm bei seinem Gehen auf einer ruhigen, bürgerlichen Laufbahn zuteil geworden wäre, und als er nichts mehr hatte, gab er auch sein Leben hin. Er war getreu bis in den Tod.

Wer ihn kannte, wird durch Holzmeiers heroisches Ende mehr erschüttert als durch zahlreiche sogenannte tragische Todesfälle dieser Zeit.

Er ist dahin, der Magister, wie wir ihn nannten. Wir reifen uns zusammen und geloben ihm die Treue, die er uns hielt.

Sicher hätte er viel darum gegeben, das Satyrspiel mit anschauen zu können, das sich nach seinem Tode erhob. Wie hätte er satirisch gelächelt über die Grabrede des liberalen Pastors, über die Gefolgschaft der früheren Schulkollegen und gar über die ganzwilligen Nachrufe der „Bremer Bürger-Zeitung“, deren opportunistische Vorstandredakteure die Geschicklichkeit besaßen, den toten Kämpfer zu feiern, der ihnen den Rücken gelehrt hatte.

Rudolf Brauns.

Positive Friedensarbeit.

Die internationale sozialistische Konferenz, die demnächst in Stockholm zusammenzutreten soll, kann aus sich heraus den Frieden nicht bringen. Wohl aber kann sie wirksame Vorarbeit für den Frieden leisten, und das um so wirksamer und schneller, je mehr Rücksicht und Vertrauen die Vertreter der einzelnen sozialistischen Parteien daheim bei den Arbeitermassen ihrer Länder haben; je entschiedener sie einen Trennungsschnitt ziehen zwischen sich und den kriegerischen Gewalten ihrer Heimat, und je weniger sie im Laufe der drei Kriegsjahre positive Friedensarbeit geleistet haben. Von diesen drei Voraussetzungen hängt der Erfolg der in Stockholm zu leistenden Vorarbeit, damit auch die Beschleunigung und befriedigende Ausgestaltung des endgültigen Friedensabkommens ab. Eine gründliche Prüfung dieser Voraussetzungen wird uns vor überhöhen Illusionen über die Erfolgsmöglichkeiten der Stockholmer Tagung bewahren, wie sie andererseits auch pessimistische Hoffnungslosigkeit nicht aufkommen läßt.

Hauptzweck und Hauptziel der Verhandlungen in Stockholm muß sein, auf die Frage, wie die Sozialisten aller Länder in internationalem Einvernehmen für einen baldigen, die Freiheit und Lebensfähigkeit aller Völker gewährleistenden Frieden wirken sollen, eine alle Glieder der Internationale gleichmäßig verpflichtende Lösung zu finden. Diese Lösung kann nicht in einer Anzahl schöner und menschenfreundlicher Entschlüsse bestehen, sondern sie muß getragen sein vom ernsten Willen zur Tat. In den einzelnen Ländern muß im Parlament wie außerhalb des Parlamentes die heiße Friedenssehnsucht der Völker so zum Ausdruck kommen, daß Regierungen und Kriegsheer merken, daß die breiten Volksmassen für eine Verlängerung des Krieges ins Endlose nicht mehr zu haben sind. Wenn in Stockholm den sozialistischen Führern und Massen nicht die Verpflichtung einer ganz entschiedenen und konsequenten Friedenspolitik, die der Kriegsfurie keinen Mann und keinen Groschen mehr opfern will, auferlegt wird, werden die Regierungen weder Kraft noch Lust haben, den entsetzten kriegerischen Gewalten halt zu gebieten und sich zu einer friedlichen Verständigung herbeizulassen. Auch den Herrschenden aller Länder graut im Innersten ihres Herzens trotz aller zur Schau getragenen Siegesicherheit und Selbstgerechtigkeit vor den wirtschaftlichen und kulturellen Verwüstungen dieses Völkermürgers und seinen politischen Folgen. Aber sie sind aus sich heraus außerstande, der blutigen Logik einer mit allen Vollmachten ausgestatteten und alle Kräfte des Staates auffaugenden Kriegsführung zu widerstehen. Ihre Diplomatenkünste versagen jetzt bei der Aufgabe, den Krieg zu beenden, wie sie den Ausbruch des Weltkrieges nicht verhindern konnten. Jetzt muß der einst vielgeschmähte Sozialismus als Friedensfaktor auf den Plan treten; sein internationaler Gemeinschaftsgedanke muß die erste Brücke bilden, auf der die durch Haß, durch Feuer und Eisen getrennten Völker wieder den Weg zueinander finden.

Fretlich, die Träger des internationalen Sozialismus sind auch nur Menschen, an denen drei Jahre Weltkrieg nicht spurlos vorübergegangen sind. Gar viele, die heute ihr sozialistisches Gewissen und ihre internationalen Pflichten wieder entdeckt haben, sind bei Anfang und im Verlaufe des Völkerringens eifrige Propheten der Parole des „Durchhaltens“ des „jus qu'an bout“ (bis zum Ende gehen) und wie die Parolen der Kriegs- und Regierungssozialisten der einzelnen Länder alle heißen mögen, gewesen. Sie haben im hemmungslosen Wechselspiel der kriegerischen Vorgänge das Schicksal des Sozialismus und der Demokratie in die Hände ihrer Heeresleitungen gelegt und tragen daher mit der Verantwortung, daß immer mehr Völker in den blutigen Reigen verstrickt wurden, daß das Ringen immer blutiger, die Opfer an Gut und Blut immer größer, das Weltelend und der Welt Hunger immer grauiger wurden. Sie sind allzumal die gleichen Sünder, diese Sozialisten, die in Frankreich und England, ebenso wie in Deutschland, in Oesterreich usw. die Sache des Sozialismus auf den Kriegswagen ihrer Regierungen gepackt haben. Ja, einige sind in ihrem Kriegseifer so weit gegangen, daß sie ihren Völkern einzureden suchten, die Zukunft des Sozialismus sei bei Joffre und Nivelle, bei Kitchener und Lloyd George, bei Hindenburg und Hindenburg, ja sogar bei Enver Pascha am besten aufgehoben.

Jetzt scheint eine Art Dämmerung über diese Sozialisten gekommen zu sein. Jetzt graut ihnen vor der Schlußbilanz der Menschheitskatastrophe, deren einzelne Posten mit jedem weiteren Kriegstage noch furchtbarer werden, jetzt wollen sie den blutbespritzten Sichelwagen, den sie eifrig mitgeschoben haben, in seinem vernichtenden Laufe aufhalten. Jetzt gehen sie nach Stockholm, um einen Weg zu finden, der in das Land des Friedens führt. An Friedensworten hat man es auch im Laufe der drei Kriegsjahre nicht fehlen lassen, aber diese Worte mußten ein leerer Schall bleiben, solange dieselben Sozialisten in ihren Taten sich nicht um ein Haar von den Kreisen trennten, die im Weltbrande ihre imperialistischen und nationalistischen Machtgelüste und Ideale zu verwirklichen gedachten. Jetzt sind diese Sozialisten die lautesten Friedensrufer, jetzt wollen sie in Stockholm der geplagten Menschheit den Frieden zurechtimmern. Aber der Kredit, den sie bei vielen als Friedensanwälte genießen, steht im umgekehrten Verhältnis zu der Meiensumme von Krediten, die sie jahraus, jahrein zur Verlängerung des Völkermürgers bewilligt haben. Ja, man kann sich des Eindruckes nicht erwehren, daß das laute Friedensgeschrei der Regierungssozialisten ihr böses Gewissen betäubt und ihre Kriegssünden aus dem Gedächtnis der Völker wehen soll.

Wenn die deutschen, die französischen, die englischen Regierungssozialisten es in Stockholm fertig bringen, dem Frieden den Weg zu ebnen, es wäre im Interesse der ganzen Menschheit nur zu begrüßen. Dazu bedarf es aber nicht nur diplomatischer Gewandtheit, mit der man am Kongreßische papiernen Erfolg

erringen kann, dazu gehört der ehrliche Wille zu ernsten Friedenssätzen, sowie die Aufgabe alter national-sozialer Kriegstheorien, die alle, mögen sie deutsch, französisch oder englisch usw. formuliert sein, mit den Geboten des internationalen Sozialismus nicht in Einklang zu bringen sind. Mit der auf den gegenwärtigen imperialistischen Krieg angewendeten, einseitigen These von der Landesverteidigung ist bei den Verhandlungen in Stockholm nicht viel anzufangen. Eher ist anzunehmen, daß sie ein Janfapfel sein wird für die Regierungssozialisten der einzelnen Länder, die in der Stunde der Gefahr ihr Vaterland nicht im Stich lassen wollten, dafür aber die Sache des Sozialismus und der Demokratie schmählich in Stich ließen. Jeder von ihnen kann aus dem Auf und Ab der sich unaufhaltsam abrollenden Kriegseignisse mit Argumenten kommen, auf Grund deren sie haarsträubend beweisen, daß nur ihr Land einen Verteidigungskrieg führe. Auf diese Weise ist aber eine Verständigung auf der Grundlage des internationalen Sozialismus und damit wirklich positive Friedensarbeit ausgeschlossen.

Nun, die Regierungssozialisten aller Länder müssen schon einen guten Teil ihrer Kriegstheorien und Kriegspraxis neu orientieren, sie müssen sich ehrlich zu ihren Kriegstirungen bekennen, ehe sie in Stockholm positive Friedensarbeit leisten, ehe sie das Vertrauen aller Arbeiter wieder gewinnen, ein Vertrauen, das dann die Massen auch zum tatkräftigen Handeln zur Bewirklichung der etwa in Stockholm gefassten Beschlüsse veranlaßt. Solange die Regierungssozialisten keinen greifbaren Beweis ihrer ehrlichen Einsicht und Umkehr gegeben haben, solange wird man ihren Pilgergang nach Stockholm mit einem nassen und einem heiteren Auge verfolgen müssen. Das muß ruhig, ohne Jörn und Eifer ausgesprochen werden, damit die Erwartungen auf Stockholm nicht gar zu hoch gespannt werden und damit die Enttäuschung nicht gar zu groß wird, wenn die Friedensarbeit der Regierungssozialisten taube Früchte bringen könnte.

Ueber die Aufgaben der Minderheiten in Stockholm, über die Aussichten, die ihre Mitwirkung an der Vorbereitung des Friedens eröffnet, soll ein anderes Mal gesprochen werden. Soviel sei aber schon jetzt gesagt, die Minderheiten aller Länder, die schon während des Krieges den internationalen Gedanken hoch gehalten haben, werden in Stockholm den Weg zur Verständigung viel schneller und ohne wesentliche Reibungen finden, als die regierungsozialistische Internationale.

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands wird in Stockholm durch die Genossen Haase, Bernheim, Adolf Hoffmann, Kautsky und die Genossen Zieg vertreten sein.

Der regierungsozialistische Parteivorstand entsendet die Herren Scheidemann, Ebert und Müller. Die Mehrheitsfraktion hat die Herren Mollenhuth, Dr. David und Richard Fischer zur Teilnahme an den Stockholmer Verhandlungen bestimmt. Auch die Generalkommission der Gewerkschaften wird drei Delegierte entsenden. Es sind das die Herren Legien, Bauer und Sassenbach.

Die Konferenz, die ursprünglich am 15. Mai stattfinden sollte, ist jetzt auf den 10. Juni verlegt worden. Bis dahin sollen Separatgesprächen von Vertretern der einzelnen Länder stattfinden, die der eigentlichen Konferenz vorarbeiten sollen. Man erwartet, daß bis dahin die französischen Sozialisten ihren Beisatz, der Konferenz fernzubleiben, revidieren werden. Am 27. Mai findet eine Sitzung des Nationalrates der französischen Partei statt, von der man einen Sieg der Minderheit zugunsten einer Beteiligung an der Konferenz erhofft.

Aus der Bewegung.

Waisfeier in Kiel. Die Kieler Sozialdemokratie, soweit sie sich um das Banner der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei schart, hatte sich zur Feier des 1. Mai in dem großen Saale zu Briedt vereinigt, um hier in altgewohnter Weise die Forderung nach Frieden und Arbeiterschutz zu erheben. Seit über 1000 Personen füllten den Saal und folgten den Ausführungen des Redners mit gespanntester Aufmerksamkeit. Genosse Bernheim war erschienen und erntete reichen Beifall. Ebenso fanden auch die Darbietungen des Konzertängers Nagel, wie auch die Rezitationen und turnerischen Vorführungen ungeteilten Beifall. Begeistert stimmten die Anwesenden in das zum Schluß ausgebrachte Hoch auf die Internationale ein.

Auch die Umlerner sahen sich in diesem Jahre veranlaßt, den alten Brauch wieder aufzunehmen, nachdem sie zwei Jahre nichts davon wissen wollten. Sie hatten im Gewerkschaftshaus eine Feier arrangiert, zu der Herr Wiffel aus Berlin erschienen war.

Die Kieler Genossen leiden wie anderwärts schwer unter den miserablen Presseverhältnissen. Die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“ benützt jede Gelegenheit, um in der ihr eigenen schabigen Weise unsere Sache und einzelne Personen herabzuwürdigen. Aber alle Verzerrung und Verunglimpfung bewirkt nur das Gegenteil. Immer mehr Arbeiter und Parteigenossen erkennen, daß von dieser Gesellschaft nicht das Heil der Arbeiterklasse kommen kann; die Genossen scharen sich immer fester zusammen im Bewußtsein ihrer guten Sache. Es wird auch eine andere Zeit kommen, in der diesen Welteshelden ihre Sünden heimgezahlt werden, die sie ständig an der Arbeiterbewegung verüben.

Die Würzburger Genossen haben sich in drei Versammlungen mit der Kriegspolitik und mit der Entlassung des Redakteurs Dr. Geyer vom „Fränkischen Volksfreund“ beschäftigt. Das Ergebnis der Aussprache war die Annahme folgender Entschliebung:

„Die Versammlung kann sich mit den allen demokratischen Grundsätzen zuwiderlaufenden Maßnahmen des Parteivorstandes nicht einverstanden erklären und mißbilligt auch die bei sofortiger Entlassung ausgesprochene Kündigung des bisherigen leitenden Redakteurs des „Fränkischen Volksfreund“, Genossen Dr. Curt Geyer. Das fortgesetzte Festhalten an der von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion seit 4. August 1914 eingeleiteten Politik findet ebenso wenig die Zustimmung der Versammlung. Die Versammlung erhebt gleichzeitig ihre warnende Stimme, den für die nächste Zeit in Aussicht genommenen Parteitag abzuhalten, da die Gründe, welche seinerzeit für die Nichtabhaltung eines deutschen Parteitags während des Krieges maßgebend waren, noch weiter bestehen.“

Dagegen erwartet die Versammlung von den sozialdemokratischen Vertretern im Reichstage, den Reichskanzler als den verantwortlichen Leiter der Reichspolitik mit allen parlamentarisch zulässigen Mitteln zur zweifelsfreien Bekämpfung der deutschen Kriegsziele in öffentlicher Reichstagsitzung zu veranlassen und die wiederholt verheißene politische Neuorientierung in die Tat umzusetzen, ganz besonders das geheime, direkte Wahlrecht für Preußen noch während des Krieges einzuführen.

Die Versammlung ist gegen die Zerstückelung der Organisation und steht somit auf dem Boden der Parteinheit unter weitestgehender gegenseitiger Duldsamkeit des Austausch der Meinungen über grundsätzliche und taktische Parteifragen. Im übrigen behält sie sich weitere Entschlußfreiheit für die Zukunft vor.

Die Versammlung bekennt sich heute, am Vorabend des 1. Mai, mit unverbrüchlichem Vertrauen zu den alten Forderungen des 1. Mai und hofft, daß in diesem entsehtlichen Weltkriege Abrüstung und Weltfriede ihre Auferstehung feiern.“

Die Würzburger Genossen werden einsehen müssen, daß die von ihnen vertretene Politik nur von der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei klar und entschieden vertreten wird. Sie haben gar keine andere Wahl als sich dieser Organisation restlos anzuschließen, wollen sie die von ihnen bekämpfte schädliche Politik nicht noch süßen.

Die Genossen von Schwarzburg-Sondershausen erklären in einer Zuschrift an die Erfurter „Tribüne“, daß sie sich der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei anschließen, da nur diese die Gewähr der Vertretung der alten sozialdemokratischen Grundsätze bietet.

Eine Generalversammlung des Kreisvereins für den 13. sächsischen Reichstagswahlkreis (Leipzig) beschloß einstimmig, den Namen des Vereins zu ändern in: Kreisverein der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Kreisversammlung zu Halle (Saalkreis) sprach sich mit 113 Stimmen für den Anschluß an die Unabhängige sozialdemokratische Partei Deutschlands aus. 13 Stimmen entfielen auf eine andere Resolution, die sich für Vertagung des Streit bis zum ersten Parteitag nach dem Kriege aussprach.

Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages hat in ihrer Mitte eine Anzahl Mitglieder, die den Standpunkt der Mehrheit in der Kriegspolitik durchaus nicht teilen, die aber aus den verschiedensten Gründen dieser Fraktion weiter angehören. Einer der Gründe ist der, daß man auf Grund des Mehrheitsprinzips sich der Majorität unterordnete. Dieser Grund ist aber nach Schaffung einer selbständigen Organisation der Opposition fortgefallen und es ist nun an diesen Genossen, sich endlich zu entscheiden, ob sie es wirklich verantworten wollen, die Kriegspolitik der Scheidemänner noch länger zu decken, zumal die Arbeitsgemeinschaft der Fraktion sich längst zu einer selbständigen parlamentarischen Gruppe zusammengeschlossen hat. Genosse Albrecht hat den Anfang gemacht. Er hat nach dem Beschluß der Hallenser Kreisversammlung sich der Arbeitsgemeinschaft angeschlossen. Wie lange werden die anderen noch Rücksichten nehmen?

In Schweinfurt schließt sich der Sozialdemokratische Verein der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei an.

Genosse Niebuhr, der vom Parteivorstand gemahregelte Redakteur der Elberfelder „Freien Presse“, der bald nach seinem Hinawswurf, Mitte Februar, entzogen wurde, ist in einem Lazarett an einer Lungenentzündung gestorben. Genosse Niebuhr hat in der Parteibewegung des Niederrheins in der eifrigsten Weise Jahr und Tag für unsere Sache gewirkt und sich unter den Parteigenossen ein gutes Andenken gesichert.

Eine Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratie im sächsischen Landtag. Die Abgeordneten Fleißner, Schulze und Seger haben sich als Mitglieder der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei eine selbständige Fraktion in der zweiten sächsischen Kammer gebildet. Zuschriften sind an Fleißner, Dresden-N., Schloßplatz 1, zu richten.

Eine knappe Mehrheit für die Regierungsozialisten im Meißner Wahlkreis. Im 7. sächsischen Wahlkreis, Meißner-Großenhain, nahm am Sonntag eine Delegiertenversammlung, die von etwa 70 Personen besucht war, Stellung zur Frage der Parteipaltung. Abgeordneter Schmidt-Meißner referierte und empfahl, bei der Partei der Ebert-Scheidemann zu bleiben. Von mehreren Genossen aus Meisa, Groba und Weinböhla wurde beantragt, die Kreisorganisation möge sich der Unabhängigen Sozialdemokratie anschließen. Die Debatte war ziemlich lebhaft, dem Genossen Fleißner wurde das Wort verweigert, da er nicht zum Kreis gehört. Schließlich wurde der Antrag auf Anschluß an die Unabhängige Sozialdemokratie mit 39 gegen 26 Stimmen abgelehnt. Einstimmig wurde dagegen ein Antrag der auf der Konferenz anwesenden Frauen angenommen, in dem das Verhalten des Parteivorstandes gegen die Genossin Zieg verurteilt wurde.

Die „Dressener Volkszeitung“ hofft, daß die in der Konferenz in der Minderheit Gebliebenen sich fügen und in der Organisation bleiben werden. Eine optimistische und wohl etwas voreilige Hoffnung!

Königsberg i. Pr. Eine am 22. April stattgefundene Mitgliederversammlung beschloß folgende Entschliebung:

„Die am 22. April tagende Mitgliederversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes spricht sich einstimmig gegen die Stundgebung der Generalkommission am 16. 1. 17 an den Reichskanzler aus. Die Versammlung spricht der Generalkommission das Recht ab, ohne die Arbeiterchaft zu befragen, derartige Erklärungen abzugeben. Sie läßt die Äußerung als persönliche Ansichten der Kommission gelten. Mit den Ansichten der Arbeiterchaft hat das nichts zu tun.“

Mit der Haltung der Generalkommission wird die Arbeiterchaft später abrechnen. Die Versammlung erklärt einstimmig, daß sie mit solch einer Kommission später keine Gemeinschaft mehr haben will.“

Eine weitere Entschliebung richtet sich gegen die Königsberger Volkszeitung, die über die Arbeiterbewegung im Sinne bürgerlich-kapitalistischer Auffassung urteilt. Die Königsberger Metallarbeiter sehen in der „Königsberger Volkszeitung“ nicht mehr ein Blatt, das ihre Interessen vertritt.

Die „Königsberger Volkszeitung“, welcher die Resolutionen zugesandt worden waren, verhöhnt die Metallarbeiter noch in einer Briefkastennotiz, die folgenden Wortlaut hat:

„Parteitreue Unioner. Die resolutionäre Enttastung scheint so unabhängig von allen guten Geistern zu sein, daß selbst die dreispännige Operationskommission, zumal ohne spiritus doctor, vor unlöslichen Aufgaben steht. Wir wissen von ihrer sagenhaften Existenz schon eine Woche, haben sie aber leider noch nicht erhalten.“

Diese Antwort charakterisiert die jetzige vom Parteivorstand ausgehaltene Redaktion dieses Arbeiterblattes hinreichend.

Aus der Zeit.

Zufangeln für's neue Wahlrecht! Ein Genosse schreibt uns: In der Montagsausgabe des Berliner Tageblatts vom 7. Mai wird die Beratung eines Antrages im Verfassungsausschuß in Aussicht gestellt, der zum Ausgleich der „sich geltend machenden Ungerechtigkeiten“ die Verhältniswahl für einzelne Großstädte einführen will. Das wäre nun die Höhe der Neuorientierung und es wird höchste Zeit, daß derartige Pläne, welche das gerechteste aller Wahlsysteme zu unlautehren Zwecken tauglich machen sollen, ins rechte Licht gerückt werden.

Wir verlangen in unserem Programm seit Jahrzehnten die Verhältniswahl, d. h. wir verlangen, daß die Stärke der einzelnen Parteien im Reichstage der Zahl ihrer Wähler im ganzen deutschen Reiche entspricht. Wenn z. B. die sozialdemokratische Partei doppelt soviel Stimmen aufbringt wie das Zentrum, so soll sie auch die doppelte Anzahl von Mandaten erhalten, wie dieses u. s. f. Im Interesse der Gerechtigkeit müssen wir verlangen, daß dieses Prinzip so rein durchgeführt wird, wie es die Wahltechnik nur irgend erlaubt. Es müssen mindestens große Wahlkreise gebildet werden, in denen beispielsweise 10 Abgeordnete auf einmal gewählt werden, sodas auch auf die Minderheiten des Kreises die entsprechende Anzahl von Sitzen entfällt.

Wie aber ist der heutige Zustand — von der ungeheuerlichen Wahlkreiseinteilung mal ganz abgesehen? Jeder Wahlkreis wählt durch reine Mehrheitswahl einen Abgeordneten. Eine Partei kann in 10 Wahlkreisen erhebliche Minderheiten aufweisen, so daß sie, wenn man die Minderheiten zusammen zählt, auf einige Mandate Anspruch hätte. Aber bei dem heutigen System nupst es der Partei eben nichts; sie fällt in jedem der 10 Wahlkreise durch und geht leer aus.

Nun wird diese Ungerechtigkeit wenigstens heute teilweise ausgeglichen. Es gehen nämlich nicht nur die Stimmen sozialdemokratischer Minderheiten in den Landbezirken, sondern umgekehrt auch Minoritäten der bürgerlichen Parteien in den proletarischen Städten verloren. Und diesen Ausgleich will man nun auch noch beseitigen, indem man den bürgerlichen Minderheiten in den Großstädten auf Kosten der Sozialdemokratie ihre Sitze verschaffen, aber gleichzeitig in den Landbezirken den bisherigen Zustand beibehalten will. Und das noch unter der Maske „Neuorientierung“.

Es ist Täuschung, einem solchen Modus den Namen Verhältniswahl beizulegen, es ist das Gegenteil davon, ist schlimmer als die reine Mehrheitswahl.

Aufgabe unseres Abgeordneten im Verfassungsausschuß ist es, solchen Kunststücken mit aller Schärfe entgegen zu treten und sie als das zu geißeln, was sie sind.

Arbeiterbildungsschule.

Auf den 31. Mai d. J. (Donnerstag) fällt der 100. Geburtstag des Freiheitsdichters Georg Herwegh. Der Bezirksbildungsausschuß veranstaltet für diesen Tag im Hörsaal der Schule eine bescheidene Feier. In einem Vortrage und durch Rezitationen Herweghscher Gedichte soll das Leben und Wirken des Dichters in Erinnerung gebracht werden.

Das Nähere wird noch bekanntgegeben. Die Bibliothek ist jeden Donnerstag von 1/8—1/9 Uhr geöffnet. In dieser Zeit kann auch das Buch: „Bernstein, Sozialdemokratische Völkerverpolitik“ zum Vorzugspreise in Empfang genommen werden.

Druckfehlerberichtigung.

In Nummer 6 des „Mittelungsblattes“ haben sich eine Anzahl Druckfehler eingeschlichen. So muß es in der Wochenschau gegen Ende der dritten Spalte heißen: „Das regierungsozialistische Zentralorgan hatte zuerst nicht gewagt, den Auf-

ruf des Generals Gröner seinen Arbeiterleibern am Tage der Veröffentlichung mitzuteilen. Erst nach der Kritik seiner Freunde im Ausschuß brachte er ihn an wenig auffallender Stelle.“

Ferner hat sich der Kriegsminister nicht für die Sache des Anbiederns, sondern des Anbindens ausgesprochen.

Im Artikel: „Ein sehr maßvoller Bezirkstag“ muß es gegen Ende der zweiten Spalte richtig heißen: „und wie die Groger-Thurow, die Eugen Ernst usw. am Gängelbände des Parteivorstandes die Rücken und Fäden des Belagerungszustandes und der Zensur im eigenen Interesse auszuschlachten verstanden gegen usw.“ In der Mitte der zweiten Spalte dieses Artikels muß es heißen: „Und auch diejenigen Genossen, die weniger aus politischer Ueberzeugung usw.“

Aus den Organisationen.

Lichtenberg. Alle diejenigen Genossen, die durch Nachtschicht verhindert waren, den Jahlabend zu besuchen, treffen sich am Sonntag, den 13. Mai, vormittags 9 Uhr, bei Wilh. Schulz, Kronprinzen- Ecke Scharnweberstraße.

Mittwoch den 16. Mai, abends 8 1/2 Uhr, findet unsere Generalversammlung im Lokale von Tempel statt.

Tagesordnung: Geschäfts- und Kassenbericht. Neuwahl des Vorstandes. Das Erscheinen aller Mitglieder ist unbedingt notwendig.

Weißensee. Unser Jugendheim befindet sich nicht, wie in den verteilten Flugblättern angegeben, in der Charlottenburgerstr. 3, sondern nach wie vor in der Gräbterstr. 46, und ist geöffnet Sonntags von 4—10, Montags, Dienstags, Donnerstags, Freitags von 1/8—1/10.

Berein Arbeiter-Jugendheim Köpenick. Mittwoch, den 16. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Ried, Grünauer Str. 7, Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes; 2. Neuwahlen zum Vorstand; 3. Verschiedenes. Pflicht eines jeden Genossen ist, zur Versammlung zu erscheinen.

J. A.: Fritz Seidrich.

Vereins-Veranstaltungen.

Freireligiöse Gemeinde Berlin. Sonntag, den 13. Mai, vormittags 9 Uhr, Pappel-Allee 16/17; Neukölln, Idealkasino, Weichselstr. 8; Oberschöneweide, Clarastr. 2; Freireligiöse Vorlesung. Vorm. 10 1/2 Uhr, Kleine Frankfurterstr. 6; Vortrag von Herrn Dr. Conrad Schmidt: Geschichte und Entwicklung. Gäste willkommen.

Arbeiter-Samariterbund, Kolonne Groß-Berlin. Lehrstunde haben nächste Woche, abends 8 1/2 Uhr: 1. bis 6. Abteilung Montag, den 14. Mai 1917, Köpenicker Straße 62. Vortrag. Nach demselben praktische Verbandsübungen. Gäste haben einmaligen freien Zutritt.

Arbeiter-Radf.-Verein „Groß-Berlin“. Himmelfahrtstag: Ausflug nach Bichelswerder (Alter Freund).

Kreis-Jugendauschuß Niederbarnim. Die Sitzung findet am Sonnabend, den 12. d. M., abends 8 Uhr, im Jugendheim Lichtenberg, Dofsestr. 22, statt. Die Anwesenheit sämtlicher Mitglieder ist unbedingt notwendig.

Genossinnen in Groß-Berlin!

In seinem Aufrufe vom 12. April an die Genossen und Genossinnen schrieb die Zentralkommission der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands:

„Auf dem Frauentage, der in der Zeit vom 5. bis 12. Mai stattfindet, werden die Frauen die Forderung erheben für ihre Gleichberechtigung, für ihren und ihrer Kinder Schutz, für die Beendigung des entsetzlichen Kriegsgemehels!“

Die Genossinnen in Groß-Berlin veranstalten am Sonntag, den 13. Mai, einen Ausflug nach dem

Spandauer Bock, Lokal von Eile und Café Bellevue in Rummelsburg. Zahlreiche Beteiligung erforderlich!

Quittung.

4. Kreis. Für den Pressfonds auf Liste 2961 5000.— M., 2962 53.— M., 1801 12,50 M., Sattlerei Abteilung Rumpferwerke 20.— M., Abt. 34 10.— M., Abt. 34 Begräbniskasse 22.— M. Summa 5117,50 M.

Für die Partei: Von einem Genossen Warschauer Straße 10.— M., Gasse 2.— M., gesammelt bei der Partei am 6. Mai 19,50 M., Segner 10.— M., Jereffe 3.— M., S. W. 5.— M., M. R. 5.— M., von Feldgrauen 6.— M., W. Breuer 6.— M.

Für den Pressfonds: Schütte-Lanz-Abt. Rl. Flugzeugbau Inzeratüberdruck 11 M.

3. Kreis. Tagsschneider der Firma Peck & Cloppenburg für den Pressfonds 1. Rate 25 M.

Unserem Abteilungskassierer

Robert Nemsch

zu seiner am 8. Mai stattgefundenen Hochzeit nachträglich die herzlichsten Glückwünsche.

Die Funktionäre der 8. Abt. des 6. Kreises.

Zur gefälligen Nachricht!

Habe meine

Buchbinderei

von der Ruppinerstr. 22 nach der Akerstr. 13 verlegt. Sämtliche Arbeiten werden nach wie vor abgeholt und prompt geliefert. Louis Meyer.

Eine tüchtige Frau für Büro-Hilfsarbeit

zum baldigen Antritt sucht das Wahlvereinsbüro Neukölln, Nedarstr. 3.

Bedingung ist Mitgliedschaft.

Der Vorstand.

Todesanzeige.

Freunden und Genossen die schmerzliche Mitteilung, daß unser einziger, lieber Sohn

Fritz Eichhorn

im Alter von 25 Jahren 7 Monaten infolge einer Verwundung in einem Kriegslazarett gestorben ist. Unsere Freude und Hoffnung ist mit ihm, der von Kindheit an mit ganzer Seele Anteil am Befreiungskampf der Arbeiter nahm, und der nun ein Opfer des entsetzlichen Weltkrieges werden mußte, vernichtet.

Emil Eichhorn

und Familie.

Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!

2. Wahlkreis.

Bei den schweren Kämpfen im Westen fiel unser Mitglied, der Genosse

Fritz Eichhorn

Bezirk 77

im blühenden Alter von 25 Jahren. Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Vorstand.

Sozialdem. Wahlverein Nieder-Barnim.

Bezirk Weißensee.

Als Opfer des Weltkrieges fiel unser Genosse, der Gastwirt

Walter Lrenk

Bezirk 2, Gruppe 16.

Bezirk Stralau.

Am 28. April fiel durch Granatsplitter unser Genosse

Hermann Biniasch.

Wahlverein Charlottenburg.

Am 18. März 1917 verstarb im Lazarett unser treuer Genosse

Alexander Karnyppe

Soorstr. 36 b.

Ehre ihrem Andenken!

Nachruf.

1. Wahlkreis.

Am 8. Mai verstarb unser Mitglied, der Genosse Lackierer

Friedrich Linde

Kurzestr. 18.

6. Wahlkreis.

Am Donnerstag, den 26. April, verstarb unser Genosse, der Schlosser

Friedrich Andrich

Stephanstr. 32, 15. Abt., Bez. 723.

Sozialdem. Wahlverein Nieder-Barnim.

Bezirk Lichtenberg.

Am 28. April verstarb im Alter von 41 Jahren unser Genosse

Emil Holzmann

Frankfurter Allee 118, 20. Abteilung.

Wahlverein Charlottenburg.

Am 29. April verstarb im Alter von 78 Jahren unser Parteiveteran, Genosse

Heinrich Vogel

Stadtverordneter.

Ferner starb der Genosse

Hermann Schmacher

Haeselerstr. 12 b.

Ehre ihrem Andenken!

Verantw. Redakteur: C. Leib; Verleger: A. Hoffmann;

beide Berlin SW. 68, Lindenstr. 3.

Druck: Maurer & Dimmig, Berlin, Köpenicker Str. 36-38.